

**P R O T O K O L L**

über die Sitzung **des Ausschusses für Umwelt und Verkehr** der Stadt Burgdorf am **26.02.2015** Sitzungszimmer des Rathauses II, Vor dem Hann. Tor 1

17.WP/UmVerkA/025

Beginn öffentlicher Teil: 17:00 Uhr  
Beginn vertraulicher Teil: 18:21 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 18:20 Uhr  
Ende vertraulicher Teil: 18:30 Uhr

---

**Anwesend:** **Vorsitzender**

Peters, Kai

**stellv. Vorsitzende**

Leykum, Maria

**Mitglied/Mitglieder**

Bublitz, Werner  
Kizilyel, Sükrü  
Köneke, Klaus  
von Oettingen, Gero

ab TOP 4

**stellv. Mitglied/Mitglieder**

Dralle, Karl-Heinz

als Vertretung für Herrn  
Weinel  
ab TOP 4

Gersemann, Christiane

als Vertretung für Herrn  
Morich

Schulz, Kurt-Ulrich

als Vertretung für Frau  
Heldt

**Beratende/s Mitglied/er**

Kleinschmidt, Dieter  
Kusber, Paula

**Verwaltung**

Brinkmann, Jan-Hinrich  
Frerichs, Peter  
Herbst, Rainer  
Krause, Julia  
Rischbieter, David Klima-  
schutzmanager

bis TOP 4.1

bis TOP 4

## **TAGESORDNUNG**

### Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr am 04.12.2014
3. Vorstellung Klimaschutzmanager
4. Mitteilungen des Bürgermeisters
- 4.1. Mitteilung: Sperrung von Brücken und Durchlässen für den Radverkehr  
Vorlage: 2015 0815
5. Straßenteilausbau Alte Schanze  
Vorlage: 2015 0817
6. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
- 6.1. Altlasten der Erdölförderung - Anfrage der SPD-Ratsfraktion vom 11.01.2015  
Vorlage: 2015 0796
7. Anregungen an die Verwaltung

### **Einwohnerfragestunde**

### Öffentlicher Teil

#### **1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung**

---

Der Ausschussvorsitzende, **Herr Peters**, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

**Frau Leykum** teilt mit, dass Herr Suszka sich entschuldigen lässt. **Herr Peters** weist darauf hin, dass Herr Bethmann für längere Zeit nicht im Ausschuss anwesend sein wird.

#### **2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr am 04.12.2014**

---

Das Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr vom **04.12.2014** wird mit **5 Ja-Stimmen** und **2 Enthaltungen** genehmigt.

#### **3. Vorstellung Klimaschutzmanager**

---

**Herr Rischbieter** stellt sich vor und berichtet über seine Arbeit und die bisher geplanten Maßnahmen.

**Herr Peters** erkundigt sich, ob regelmäßig im Ausschuss für Umwelt und Verkehr über diese Arbeiten und deren Fortschritt berichtet werden kann. Dies sichert **Herr Rischbieter** zu.

#### 4. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

---

**Herr Brinkmann** berichtet, dass ein Dialogforum Schiene Nord eingerichtet wurde und er an der ersten Sitzung am 13.02.2015 teilgenommen hat. In dem Forum sollen alle Varianten der Y-Trasse ergebnisoffen diskutiert werden. Unter der Internetadresse [www.dialogforum-schiene-nord.de](http://www.dialogforum-schiene-nord.de) findet man aktuelle Informationen zum Forum. U.a. kann man sich dort die Berichte der Sitzung als Film ansehen.

**Herr Brinkmann** weist darauf hin, dass zunächst weiterhin die Zahlen und Prognosedaten abgewartet werden sollen. Erst danach sollte sich die Stadt Burgdorf positionieren. Es gilt auch zu überlegen ein Bürgerforum ähnlich Südlink zum Thema Y-Trasse zu planen.

**Frau Leykum** erkundigt sich, ob es einen Zeitplan für das Dialogforum Schiene Nord gibt. **Herr Brinkmann** antwortet, dass der Prozess bis zum November 2015 abgeschlossen sein soll. Der Bundesverkehrswegeplan soll parallel seitens des Bundesministeriums für Verkehr und Infrastruktur (BMVI) ausgearbeitet und zeitnah im Entwurf vorgelegt werden. Es wurde zugesichert, dass das Ergebnis der Beratungen des Dialogforums dort zunächst mit Platzhaltern Berücksichtigung findet. Aus dem Dialogforum Schiene Nord soll im November nach Möglichkeit eine bevorzugte Variante der Trasse hervorgehen. Das entsprechende Ergebnis wird dann seitens des BMVI geprüft und ggf. eingearbeitet.

Weiterhin teilt **Herr Brinkmann** mit, dass es neben einer Bürgerbeteiligung über das Internet auch eine Bürgerbeteiligung mittels Postkarten geben wird. Auf diesen kann man seine Anregungen dem Forum mitteilen. Über eine Nummer auf der Postkarte kann man seine eingeschickte Anregung über das Internet verfolgen. Man kann dann sehen, inwiefern die eigene Anregung bereits beraten wurde.

**Herr Dralle** gibt zu bedenken, dass es bei den bisher genannten Zahlen zur Zugfrequenz wohl keine Querungsmöglichkeiten der Bahnübergänge mehr geben wird. **Herr Brinkmann** teilt mit, dass auch dies untersucht werden soll.

**Herr Köneke** sagt, dass auch die Länge der Güterzüge betrachtet werden sollte. Es ist entscheidend, ob die Züge, die voraussichtlich mehr fahren sollen, die maximale Länge ausnutzen oder ob es deutlich weniger Waggons sind.

**Herr Frerichs** teilt mit,

- a) dass die Altablagerung im Bereich der alten Badeanstalt im Stadtpark im Auftrag der Region Hannover untersucht worden ist. Eine Gefährdung über den Wirkungspfad Boden-Mensch besteht nicht. Sollten in dem Bereich jedoch Bodenarbeiten durchgeführt werden, ist der Boden ordnungsgemäß zu entsorgen. Allerdings haben die Untersuchungen ergeben, dass eine Grundwassergefährdung nicht ausge-

geschlossen werden kann. Daher wird ein Kontrollbedarf gesehen. Grundwassermessstellen sollen eingerichtet werden. Über die Ergebnisse wird dann im Ausschuss für Umwelt und Verkehr berichtet.

**Herr Herbst** berichtet,

- b) dass die Messergebnisse der Straßenverkehrsabteilung als **Anlage 1** dem Protokoll beigefügt sind.
- c) dass die Anregung von Herrn Köneke aus der letzten Ausschusssitzung zum Thema Am Brink/ Alte Schanze (K112) geprüft wurde. Die Ausfahrt in beide Richtungen aus der Straße „Am Brink“ auf die K112 ist nicht möglich. Die Sperrfläche müsste verbotswidrig überfahren werden. Zudem beginnt in dem Bereich die Linksabbiegespur. Die K112 müsste daher umgestaltet werden, was entsprechende Kosten verursacht.

**Herr Köneke** ist der Meinung, dass die Linksabbiegespur auf der Alten Schanze nicht beeinträchtigt wird.

**Herr Herbst** schlägt einen gemeinsamen Ortstermin vor. Dieser soll am 02.03.2015 um 11 Uhr stattfinden.

- d) dass bei der Verkehrszählung am Berliner Ring 500 querende Fußgänger und Radfahrer gezählt wurden. Diese Zahlen befürworten die Anlegung eines Fußgängerüberweges (FGÜ), obwohl die StVO diesen in einer 30-Zone grundsätzlich nicht vorsieht. Im Rahmen der weiteren Maßnahmen, die in diesem Bereich geplant werden, soll auch der FGÜ angelegt werden.  
In der Sitzung am 19.03.2015 wird Herr Alrutz über die Möglichkeiten der Verlängerung der Fahrradstraße berichten. Der Standort der Fahrradabstellanlagen soll in der nächsten Sitzung am 09.03.2015 beraten werden.
- e) dass in Sorgensen Messungen mittels Seitenradar stattgefunden haben. Die Ergebnisse sind als **Anlage 2** dem Protokoll beigefügt. Diese Messungen wurden ohne die Verkehrsströme aus und nach Weferlingen gemessen.

**Herr Peters** erkundigt sich nach dem Dialog mit dem Ortsvorsteher von Sorgensen bezüglich der Forderung einer Lichtsignalanlage (LSA). **Herr Herbst** antwortet, dass die Messergebnisse auch den betreffenden Ortsvorstehern zugeleitet wurden. Bisher ist von diesen keine Rückmeldung erfolgt. **Herr Herbst** weist darauf hin, dass für die Aufstellung einer LSA entsprechende Verkehrsströme vorliegen müssen. Diese Zahlen sind bisher in Sorgensen nicht erreicht.

#### **4.1. Mitteilung: Sperrung von Brücken und Durchlässen für den Radverkehr Vorlage: 2015 0815**

---

**Herr Herbst** teilt ergänzend mit, dass die Ergebnisse der Brückenprüfungen abgewartet werden, bevor etwas unternommen wird. Erst danach kann konkret mitgeteilt werden, wo welche Maßnahmen umgesetzt werden.

**Herr von Oettingen** fragt, ob die entsprechenden Brückengeländer mit einem Aufsatz erhöht werden können. **Herr Herbst** antwortet, dass auch dies geprüft wird. Jedoch ist nicht nur die Höhe entscheidend. Es gelten inzwischen andere Vorgaben für Brückengeländer, die auch die Mindestabstände zwischen den Querstreben vorgeben. Daher soll die Brückenprüfung abgewartet werden, damit das Ausmaß der erforderlichen Maßnahmen ersichtlich ist.

**5. Straßenteilausbau Alte Schanze  
Vorlage: 2015 0817**

---

**Herr Köneke** merkt an, dass der Straßenteilausbau in der Straße „Am Brink“ erfolgen soll. Er ist der Meinung, dass sich mit dem Ausbau die Situation zwar dort verbessert. Allerdings wird die gesamte Parkplatzsituation in der Straße Am Brink dadurch nicht berücksichtigt. **Herr Köneke** weist darauf hin, dass auf dem eigentlichen Dorfplatz vor lauter parkenden Autos kein Rasen mehr wächst.

**Herr Köneke** berichtet, dass es in der Vergangenheit Pläne zum Ausbau eines Parkplatzes Am Brink gegeben hat. Diese wurden von der Polizei nicht genehmigt, da sie ein Sicherheitsrisiko befürchteten. Heute wird die Straße beidseitig beparkt, so dass es teilweise sehr eng dort ist. Wenn überhaupt beträgt die Durchfahrtsbreite dann nur noch ca. 4 m.

**Herr Herbst** weist darauf hin, dass Anwohner grundsätzlich keine Arbeiten im öffentlichen Straßenraum durchführen dürfen. Die Anwohnerin möchte in diesem Fall den Ausbau nach den Auflagen der Stadt von einer Fachfirma durchführen lassen. Er gibt zu bedenken, dass normalerweise die Stadt für den Ausbau des öffentlichen Bereiches zuständig ist. Ein Konzept, dass die gesamte Parkplatzsituation in Beinhorn betrachtet, ist wesentlich planungs- und kostenintensiver, gibt **Herr Herbst** zu bedenken.

**Herr Köneke** äußert nochmals seine Bedenken. Zwar wird durch die Befestigung mehr Parkraum geschaffen, jedoch zweifelt er daran, dass dieser auch benutzt wird. Weiterhin soll darauf geachtet werden, dass trotz parkender Fahrzeuge eine entsprechende Fahrbahnbreite zur Verfügung steht.

**Der Ausschuss für Umwelt und Verkehr nimmt unter Berücksichtigung der Bedenken von Herrn Köneke die Vorlage Nr. 2015 0817 zur Kenntnis.**

Am Montag, 02.03.2015, soll um 11 Uhr ein Ortstermin mit der Verwaltung und der Polizei stattfinden. Herr Köneke und Herr Bublitz werden an diesem Termin teilnehmen. Das Ergebnis dieser Besprechung werden diese in die Fraktionen weitergegeben, so dass die Vorlage im Verwaltungsausschuss am 03.03.2015 abschließend beraten werden kann.

## 6. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

---

### 6.1. Altlasten der Erdölförderung - Anfrage der SPD-Ratsfraktion vom 11.01.2015 Vorlage: 2015 0796

---

**Herr Bublitz** liest seine Anfrage dem Ausschuss für Umwelt und Verkehr vor. **Herr Frerichs** antwortet entsprechend. Zu Frage 1 teilt Herr Frerichs ergänzend mit, dass die Region Hannover eine weitere Bohrschlammgrube im Stadtgebiet Burgdorf gemeldet hat. Diese liegt am östlichen Ortsrand von Weferlingsen. Nähere Angaben konnte die Region noch nicht machen. Sobald diese vorliegen, erfolgt eine entsprechende Information in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses.

**Herr Bublitz** fragt zu Frage 4 nach, in welchen Intervallen die Untersuchungen des Grundstückes der SAD Ehlershausen stattfinden. **Herr Frerichs** erwidert, dass eine Beantwortung der Frage über das Protokoll oder in der nächsten Ausschusssitzung erfolgt.

Information über Protokoll:

*Da bisher keine Aussage von der Region Hannover eingeholt werden konnte, erfolgt die Beantwortung in einer der nächsten Ausschusssitzungen.*

**Herr Peters** erkundigt sich, ob bei den genannten Bohrschlammgruben noch Maßnahmen getroffen werden müssen. **Herr Frerichs** antwortet, dass bei der neu gemeldeten Grube in Weferlingsen noch abgewartet werden muss. Bei allen anderen genannten Gruben besteht derzeit kein Handlungsbedarf.

## 7. Anregungen an die Verwaltung

---

**Herr von Oettingen** teilt mit, dass am Ende der Friederikenstraße auf einem Grundstück sehr viel Müll liegt. Weiterhin ist dort eine Art Teich. Er erkundigt sich, ob die Stadt berechtigt ist, dort Bodenproben zu fordern oder ob dies nur mit einer offiziellen Anzeige möglich ist. **Herr Frerichs** antwortet, dass eine bloße Vermutung nicht ausreichend ist, um hier tätig zu werden. Um Bodenproben zu veranlassen, muss eine begründete Anzeige vorliegen.

**Frau Leykum** weist auf das Bekannte Thema der Rattenplage am Schützenplatz hin und fragt, ob man zur besseren Information für die Bürger ein Schild aufstellen kann. **Herr Herbst** antwortet, dass die Bitte an das Ordnungsamt weitergeleitet wird.

**Herr Köneke** weist darauf hin, dass noch öfter und gezielter eine Rattenbekämpfung erfolgen sollte.

**Frau Leykum** bittet die Ausschussmitglieder darum, bei den jeweiligen Regionsabgeordneten für den Umbau der Aue im Bereich des Kleinen Brückendamms zu werben. Sie hat an der Verbandsversammlung Unterhaltungsverband untere Fuhse teilgenommen. Es besteht der Wunsch, den Sohlabsturz am Kleinen Brückendamm umzubauen. Die Region Hannover reagiert jedoch nicht auf entsprechende Anfragen.

## **Einwohnerfragestunde**

Ein **Einwohner aus Dachtmissen** erkundigt sich nach der Größe des Erdölgebietes in Dachtmissen. **Herr Frerichs** antwortet, dass die genaue Größe des Gebietes noch nicht bekannt ist. Es wird jedoch von einer Belastung von max. 7 LKW pro Tag über mehrere Monate ausgegangen. **Herr Herbst** ergänzt, dass geplant ist, das weitere Vorgehen mit den Ortsvorstehern im Vorfeld zu besprechen.

Der **Einwohner** weist darauf hin, dass es nicht nur um die Belastung auf den Straßen geht, sondern auch um die landwirtschaftlichen Wege. Er ist der Meinung, dass diese durch den LKW-Verkehr zerstört werden. Darauf antwortet **Herr Frerichs**, dass von den betreffenden Wegen eine Bestandsaufnahme gemacht wird. Sofern die Wege durch das Befahren mit den LKWs Schaden nehmen, sind diese wieder herzurichten. **Herr Herbst** teilt mit, dass auch schon im Vorfeld Maßnahmen zur Verstärkung der Wege gefordert werden können, so dass eine Nutzung von LKWs gefahrlos möglich ist.

In Bezug auf den Rückbau des Sohlabsturzes am Kleinen Brückendamm weist ein **Einwohner aus Dachtmissen** darauf hin, dass dies in Dachtmissen schon erfolgt ist. Er hat Bedenken, dass ein solcher Rückbau am Kleinen Brückendamm sinnvoll ist. Auch die Folgekosten sind zu beachten. **Frau Leykum** antwortet, dass die Situation am Kleinen Brückendamm auf lange Sicht bereinigt werden muss. **Herr Kleinschmidt** stimmt dem zu und weist darauf hin, dass dies erforderlich ist, um eine saubere Aue zu bekommen. Hierfür ist es erforderlich, dass den Fischen die Möglichkeit zum Wandern geschaffen werden.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ausschussvorsitzender

Protokollführerin